

Nun Reden Wir



„Miteinander leben“ - Motto 2012 lenkt den Blick auf vier Aspekte



„Miteinander leben“ - dieses Jahresmotto hat die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012 gestellt. Eine konsequente Fortsetzung von „Lebensqualität im Wohnquartier“, das unser vergangenes Jubiläumjahr überschrieb.

„Miteinander leben“ soll den Blick besonders auf vier Aspekte der Seniorenpolitik lenken: Altersarmut ist der erste Baustein, um den sich auch diese Ausgabe der NRW dreht. Die UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion), Einbeziehung von Migranten und schließlich das Thema „Generationen“ werden Ihnen im Laufe dieses Jahres in der Mitgliederzeitung, auf Semi-



Jeweils einem der vier Teilaspekte des Jahresthemas wird sich die NRW in 2012 widmen. Heute geht es um Armut im Alter. Foto: Christian Pohl/Pixelio.de

Aus dem Inhalt

Aus dem Vorstand	4 – 6
Schwerpunkt: Miteinander leben - Aspekt Armut	2, 3, 7, 8
LPfA	9
Kultur und Alter	11
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	10, 12-15
Die positive Stimme	16
Impressum	16

naren oder bei Veranstaltungen auf örtlicher Ebene als Teile dieses breit angelegten Themas begegnen.

In dieser Ausgabe der NRW geht es also um die Armut, die das Miteinander in der Gesellschaft und die Teilhabe erschwert. Gerade Kinder und eben alte Menschen können sich kaum dagegen wehren, sie sind besonders von Folgen wie Einsamkeit, Krankheit und Ausgrenzung betroffen.

Was können wir als lokale Seniorenvertretung schon tun, wenn doch die Gesetze zu Rentenkürzungen oder Sozialreformen in Berlin gemacht werden, so fragen Sie sich vielleicht gerade. Ich bin überzeugt, dass wir eine Menge tun können: Lenken wir

den Blick der Lokalpolitiker genau auf die Misere, die weiter zunehmen wird! Fordern wir regelmäßige Armutsberichte aus unserer Kommune, setzen wir uns für Maßnahmen zur Milderung der Folgen für die Betroffenen ein. Informieren wir betroffene alte Menschen über ihre Möglichkeiten wenn z.B. eine Stromsperre droht.

Ich bin mir sicher, dass es kreative Ansätze zuhauf gibt, um Armut in unserer Mitte aus der verschämten und verschwiegenen Ecke zu holen - denn wir wollen doch miteinander leben. So hat die SV Münster z. B. schon viele Ideen dazu entwickelt. Die teilt sie gerne mit Ihnen, verspricht Ihnen

Ihre Gaby Schnell

Armut im Alter: Die Zahlen belegen eine wachsende Problematik

Neue Aufmerksamkeit für ein fast überwunden geglaubtes Thema

Armut im Alter galt in Deutschland lange als weitgehend überwunden. Aktuell nimmt die Aufmerksamkeit für dieses Thema wieder zu.

Die Zahlen belegen einen Anstieg der Altersarmut, der sich – so die Befürchtung – in Zukunft weiter fortsetzen wird. Die Veränderungen in der Arbeitswelt und die Zunahme atypischer und/oder prekärer Beschäftigungsformen wie z.B. (Teil)Zeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung bewirken ein erhöhtes Armutsrisiko der davon Betroffenen.

Häufige Lebensrisiken

Auch die Rentenreformen der letzten Jahre haben dazu beigetragen, dass ein immer größerer Anteil der Erwerbstätigen mit Altersarmut konfrontiert wird. Die Rente mit 67 wird diese Entwicklung vermutlich verschärfen, da eine Vielzahl der Beschäftigten die

Voraussetzungen für eine abschlagsfreie Altersrente nicht erfüllt. Eine ausreichende private Altersvorsorge können sich die wenigsten leisten. Hinzu kommen allgemeine Lebensrisiken wie z.B. chronische Erkrankung, Pflegebedürftigkeit, Trennung/Scheidung und Alleinerziehung, die immer häufiger auftreten und mit erheblichen finanziellen Belastungen einhergehen.

Derzeit beträgt die Armutsquote der 65-Jährigen und Älteren 12,3 Prozent (2010) (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011). Sie ist momentan noch geringer als die der Bevölkerung insgesamt (14,5 %). Allerdings ist sie seit 2006 bereits um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Armutsgefährdet sind Personen, die weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung haben (Datenquelle: Mikrozensus).

Da der Messung von Armut teil-



Unsere Autorin Britta Bertermann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund.

Foto: Privat

weise unterschiedliche Armutsgrenzen, Berechnungsverfahren, Bedarfsgewichtungen und Datenquellen zugrunde liegen, variieren die empirischen Befunde zur Altersarmut. Das Armutsrisiko der Älteren wird manchmal überall auch unterschätzt. Fakt ist, dass es gruppentypisch ungleich verteilt ist.

Hauptrisikogruppen

Zu den Hauptrisikogruppen zählen u.a. allein lebende ältere Frauen und zugewanderte ältere Menschen. Ausschlaggebend hierfür sind diskontinuierliche Erwerbsbiografien und Niedrigentlohnung und damit geringe eigene Rentenansprüche.

Eine höhere Armutsgefährdung weisen auch hochbetagte Ältere, chronisch Erkrankte, „kleine“ Selbständige und Menschen mit Behinderung auf. Ältere Personen bleiben meist dauerhaft arm. Dies drückt sich nicht nur durch knappe finanzielle Ressourcen, sondern häufig auch durch schlechte Wohnverhältnisse, gesundheitliche Einschränkungen, fehlende Sozialkontakte und eine mangelnde Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus (Bertermann u.a. 2010).



Mit Sorgen blicken viele heute noch Erwerbstätige in Richtung ihrer künftigen Altersrente: Droht auch ihnen Armut am Lebensabend? Foto: Altmann/pixelio.de



Fortsetzung von S. 2

Für politische Entscheidungsträger und sonstige Akteure ergibt sich die Herausforderung, Lösungsansätze zur Vermeidung und Bewältigung der Altersarmut zu entwickeln und umzusetzen. Die Förderung der Erwerbsbeteiligung und die gesetzliche Absicherung von Einkommensrisiken (z.B. gesetzliche Mindestlöhne) sowie die Ausgestaltung der Gesetzlichen Rentenversicherung (z.B. höhere Rentenbeiträge für Pflegepersonen) sind grundlegende Aspekte.

Weitere Handlungsfelder

Der Blick darf sich jedoch nicht nur auf die ökonomische Dimension von Armut richten. Notwendig ist auch eine stärkere Einbeziehung sozial benachteiligter Menschen in weitere Handlungsfelder wie z.B. Gesundheitsförderung, gesellschaftliche Teilhabe, neue Wohnformen und stadtteilorientierte Beratung. Entsprechende Maßnahmen sollten bereits in frühen Lebensphasen ansetzen, um Armut verursachende Faktoren präventiv einzugrenzen.

Britta Bertermann

Literatur:

Bertermann, B., Gloddek, P. & Olbermann, E. (2010). Armut im Alter begegnen. Kurz-Expertise für das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund, Institut für Gerontologie.
Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011). Sozialberichterstattung. (<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>), Zugriff am 02.03.2012.



Ist das die Möglichkeit zur Rentenaufbesserung? Oder gibt es gerechtere Lösungen gegen Armut im Alter?
Foto: Kellermeister/pixelio.de

Thema beim Seniorentag

Garantie-Rente als Lösung?

Auch beim Deutschen Seniorentag in Hamburg spielt das Thema Altersarmut eine beachtliche Rolle.

So wird am 3. Mai unter dem Thema „Schutz vor Armut im Alter - Garantierente?“ in der Organisation der „Grünen Alten“ diskutiert, ob und wie mit der grünen „Garantierente“ sichergestellt werden kann, dass Menschen mit geringem Rentenanspruch eine Mindestrente erhalten. Dabei wird auch über Hintergründe und Ursachen von Altersarmut diskutiert.

„Armut im Alter und bei Erwerbsminderung - was ist dagegen zu tun?“ fragt eine weitere Veranstaltung in der Reihe „JA zum Alter in sozialer Sicherheit!“, die am 4. Mai unter Mitwirkung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Sozialverband Deutschland und des Bundesverbands Volkssolidarität organisiert ist. Es wird gefragt, ob es eine Neubestimmung des Kurses in der sozialen Absicherung der Alterseinkünfte geben muss und wie eine Neubestimmung der Alterssicherungspolitik aussehen müsste. www.deutscher-senorentag.de

Ehrenamt statt Rentnerbank

Sinnvolles tun, anderen helfen, Wissen nutzen

Eine vom Generali Zukunftsfonds in Auftrag gegebene, repräsentative forsa-Umfrage unter mehr als 1000 Menschen hat ergeben, dass 50 Prozent der Erwerbstätigen ab 50 Jahren vorhaben, sich in ihrer Rentenzeit bürgerschaftlich zu engagieren.

Die Umfrage zeigt somit, dass das bürgerschaftliche Engagement eine wichtige Rolle bei der Planung einer neuen Lebensperspektive spielt. 45 Prozent der befragten Rentner sind sogar schon ehrenamtlich aktiv. Als Beweggründe für ihr Engagement gibt die Mehrheit beider Altersgruppen an, anderen helfen zu wollen, etwas Sinnvolles zu tun zu haben und Gleichgesinnte treffen zu können.

Bei der Gruppe der befragten Erwerbstätigen ab 50 freuen sich 75 Prozent darauf, mehr Zeit für ihre Hobbys aufwenden zu können, 65 Prozent möchten ihrer Familie mehr Zeit widmen, 61 Prozent wollen auf Reisen gehen und 60 Prozent mehr Zeit mit Freunden verbringen. 50 Prozent der Befragten ist es aber ebenso wichtig, sich nach ihrem aktiven Erwerbsleben ehrenamtlich zu engagieren z.B. in einem Verein, einer Kirche oder in der Nachbarschaft. Nur zehn Prozent geben an, gar kein Interesse an einem Ehrenamt zu haben.

Die ‚jungen Alten‘ haben - wenn es ihnen gesundheitlich möglich ist - also Lust, ihr Potenzial an Wissen und Kreativität auch nach dem Beruf in die Gesellschaft einzubringen. Die „Rentnerbank“ muss wohl auf sie warten.



Wieder neue Mitglieder

Jetzt sind es schon 160!

Vor einem Jahr konnte die Landesessenorenvertretung Mitglied 150 (Seniorenbeirat Steinfurt) begrüßen - heute ist mit Freude zu vermelden, dass es durch weitere Gründungen nun schon 160 Seniorenvertretungen in den 396 NRW-Kommunen gibt. Herzlich willkommen auch den „jüngsten“ Seniorenvertretungen aus Uedem, Brüggel, Selm und als Nr. 160 dem Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch!

Damit nutzen 40,4 Prozent der NRW-Kommunen die Chancen, die die Mitwirkung einer Seniorenvertretung bietet. Aktuell sind schon drei weitere SV in Gründung begriffen. In den kommenden Ausgaben der NRW werden Sie davon erfahren! Die Landesessenorenvertretung freut sich über die engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger, lädt sie zur aktiven Mitarbeit ein und verspricht ihnen ihre volle Unterstützung bei der Arbeit!

Foto: Dieter Schütz/ pixelio.de

Regional-Seminare

Regionalseminar für den Reg.Bez. Düsseldorf am 14. 8. in Hilden, für den RB Münster am 15. 8. in Haltern, für den RB Arnsberg am 23.8. in Plettenberg und 23.8. Regionalseminar für den RB Köln in Stolberg.

Anträge 2011 in der Bearbeitung, neue Anträge 2012 gestellt

Auf der Mitgliederversammlung wird zum Stand berichtet werden

Bei der Mitgliederversammlung des vergangenen Jahres wurden 16 Anträge mit breiter Themenvielfalt dem Vorstand der Landesessenorenvertretung zur Bearbeitung übertragen.

Am 24. April bei der Mitgliederversammlung in Düren, werden die Delegierten über den aktuellen Stand der jeweiligen Anträge informiert. Lösungs- und Entscheidungsvoraussetzungen für brennende Probleme zu schaffen war die Aufgabe - heute muss man deutlich sagen, dass es viel Zeit braucht, bis die angesprochenen Institutionen zum einen das Problem erkennen, zum anderen aber auch bereit sind, an einer Lösung mitzuarbei-

ten, bzw. darin auch ihre Verantwortung sehen!

Zahlreiche Briefe, Mails und Telefonate haben die jeweils zuständigen Vorstandsmitglieder auf den Weg gebracht, auf viele Antworten warten sie noch oder wurden an weitere Zuständige verwiesen. Der Vorstand bleibt am Ball und wird die neuesten Entwicklungen auf der Mitgliederversammlung im April darstellen.

Jürgen Jentsch

.....
Auf der Homepage der LSV (www.lsv-nrw.de) finden sich bereits die neuen Anträge, die zur Mitgliederversammlung 2012 gestellt werden.

Rundfunkgebühren-Befreiung war Thema vor Gericht

Nicht unter das Existenzminimum

Auch bei Mitgliederanträgen war das Thema wieder aktuell: Wie ist eine Gleichbehandlung der Empfänger von Sozialleistungen bzw. von niedrigen Einkünften bei der Befreiung von Rundfunkgebühren von Verfassungen wegen zu gewährleisten?

Das Bundesverfassungsgericht entschied im Dezember 2011 nun, dass Geringverdiener oder auch Sozialleistungsbezieher nur dann ganz oder teilweise Rundfunkgebühren bezahlen müssen, wenn sie dadurch nicht unter das Existenzminimum fallen.

Eine Hartz-IV-Empfängerin und ein Rentner hatten gegen die abgelehnten Befreiungsanträge Verfassungsbeschwerden eingelegt und wollten ihre

Rechte gerichtlich klären lassen. Daraufhin befreite die Rundfunkanstalt beide Beschwerdeführer rückwirkend von den Rundfunkgebühren, woraufhin diese die Verfassungsbeschwerdeverfahren jeweils für erledigt erklärt haben. Das Gericht entschied dennoch, dass der von der Rundfunkanstalt als Gegenargument angeführte Verwaltungsaufwand nicht zu hoch sei: Sie könne anhand des Bescheides über die Bewilligung der Sozialleistungen ohne eigene Einkommensermittlung und ohne großen Berechnungsaufwand eine Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht erteilen.

(AZ: 1 BvR 3269/08, 1 BvR 656/10 und 1 BvR 665/10)



Überprüfung von Landespflegegesetz und Wohn- und Teilhabegesetz in Düsseldorf

LSV ist zufrieden mit der Überarbeitung und sieht eigene Forderungen für die Zukunft umgesetzt

Die LSV scheut keine klaren Worte: In ihrer Stellungnahme zur Evaluation des Landespflegeausschuss wiesen die drei LSV-Vertreter darauf hin, dass sowohl dieser Ausschuss als auch die kommunalen Pflegekonferenzen unzureichend arbeiteten und so das Land seine Aufgabe zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge nicht erfülle.

Die Landesregierung hatte sich vorgenommen, sowohl das Landespflegegesetz als auch das Wohn- und Teilhabe-Gesetz zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dies geschah in einem aufwendigen partizipativen Prozess mit vielen Experten-Treffen im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Düsseldorf.

Der „geballte“ LSV-Einsatz scheint sich aber gelohnt zu haben: Im Dezember 2011 stellte Ministerin Barbara Steffens die Eckpunkte für den vorgesehenen Referentenentwurf für beide Gesetze vor. Bis auf wenige Details findet die Landesseniorenvertretung ihre Auffassungen bestätigt.

Neu: Demografie-Ausschuss

Die Arbeit des Landespflegeausschuss wird grundlegend verändert und der Ausschuss in einen Demografie-Ausschuss überführt. Die Betroffenen sollen darin deutlich mehr Gewicht bekommen als die Verbände, Träger und Kassen. Geplant ist, die Pflegestützpunkte in vernetzte Beratungsstellen zu überführen, die flächendeckend, wohnortnah, unabhängig und aufsuchend arbeiten sol-

len. Das Pflegewohngeld soll erhalten bleiben.

Pflegekonferenzen

Die kommunalen Pflegekonferenzen sollen ihre vorgesehene Aufgabe als Planungskonferenzen wieder wahrnehmen. Sie sollen sich mit den Neu- und Umbaumaßnahmen befassen und dafür sorgen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Neubaumaßnahmen sollen nicht begünstigt werden, dafür werden aber

Zitiert

Ministerin Steffens: „Es ist höchste Zeit, die Strukturen endlich zukunftsfest zu machen. Schon in 18 Jahren werden wir in NRW weit über 200.000 mehr Pflegebedürftige haben. Wenn wir einfach die Pflegestrukturen fortschreiben, fährt das System vor die Wand“.

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist in NRW in sechs Jahren um elf Prozent gestiegen: 2009 waren 509.145 Menschen auf Pflege angewiesen, 2003 waren es 459.489. Die Zahl der an Demenz Erkrankten beträgt in NRW 250.000 bis 300.000. Bis 2050 werde sie sich wohl verdoppeln. Steffens: „Es ist Ziel der Regierung, die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass Menschen so lange wie möglich ein Leben mit Würde in der von ihnen gewünschten Umgebung führen können“.

die notwendigen Anpassungsmaßnahmen in den Einrichtungen durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten gefördert. Im Rahmen des Wohn- und Teilhabe-Gesetzes soll der Teilhabegedanke deutlich gestärkt werden. Die aufsichtsführende Behörde soll weniger prüfen als beraten, unterstützen und Entwicklungen begünstigen. Dabei soll geprüft werden, ob in einem Modellversuch der Medizinische Dienst (MDK) und die Behörden gemeinsame Prüfungen durchführen. Bei den Pflegeeinrichtungen bleibt es bei den Anforderungen aus dem geltenden WTG. Anbieter organisierte „ambulant betreute Wohngemeinschaften“ werden aber der Heimaufsicht unterliegen. Hier wurde dem Wunsch der LSV entsprochen, die Heimaufsicht als Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner unabhängig von der Wohnform einzurichten.

Quartiere stärken

Die Landesregierung will die Quartiere als Lebensorte der Menschen stärken. Dieses Ziel wird von der LSV sehr begrüßt, auch sie will dazu einen Beitrag leisten. Denn hier geht es um mehr als um Einkaufsmöglichkeiten: Medizinische und pflegerische sowie haushaltsnahe Dienste, Kulturelle Angebote, Barriere arme Umwelt sowie Förderung des Zusammenlebens und der Nachbarschaft gehören dazu. Insgesamt wurden die Anliegen und Forderungen der LSV weitgehend umgesetzt.

Dr. Martin Theisohn

Studie zu Alter und Gewalt

Neue Ansätze

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster, Fachgebiet „Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention“, Prof. Dr. Thomas Görgen, haben seit Ende 2008 in einem wissenschaftlich begleiteten Aktionsprogramm Ansätze entwickelt und erprobt, die die Sicherheit älterer Menschen fördern sollen.

Die Studie „Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen“ hatte zuvor gezeigt, dass in Deutschland Ältere insgesamt seltener von Straftaten und Gewalthandlungen betroffen sind als Jüngere. Allerdings gibt es im höheren Alter spezifische Gefährdungen und Herausforderungen wie bei Eigentums- und Vermögensdelikten, bei denen die Täter gezielt hochaltrige, oftmals allein stehende Personen auswählen. Pflegebedürftige ältere Menschen sind in einem besonderen Maße verletzlich und - auch vor dem Hintergrund der Belastungs- und Konfliktpotenziale von Pflege - häufig von



Thema in der Hochschule der Polizei ist auch die Sicherheit Älterer. Foto: Presseamt Münster / Joachim Busch

Misshandlung und Vernachlässigung betroffen. Hilfsangebote für Opfer von Gewalt in Partnerschaften sind bislang meist nur unzureichend auf ältere Betroffene ausgerichtet.

Die vor diesem Hintergrund im Aktionsprogramm „Sicher leben im Alter“ in Angriff genommenen Präventionsansätze wurden im Rahmen einer Konferenz und eines Expertinnen- und Expertenforums an der DHPol im Februar 2012 vorgestellt. Daran nahmen insgesamt rund 100 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und relevanten Praxisfeldern teil. Nähere Informationen: http://www.dhpol.de/de/medien/downloads/hochschule/13/Kurzfassung_Kriminalitaet_Gewalt_Alter.pdf

LSV debattiert mit

Präventionsrat

Als Fachgremium der Landesregierung nimmt der Landespräventionsrat NRW (LPR) rechtliche Fragen der Kriminalprävention auf.

Das bedingt auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, um Kriminalitätsphänomene sichtbar zu machen. Die Landesregierung hat einen breiten Kreis aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen in das Gremium berufen.

So wird sich der LPR mit Maßnahmen und Programmen zur Verhinderung und Ächtung von Gewalt in Sport, Strategien zur Vermeidung von Kriminalität in Migrationszusammenhängen und mit Konzepten zur Nutzung der neuen Medien (Internetkriminalität) beschäftigen, um daraus Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung von kriminalpräventiven Projekten zu entwickeln. Als Vertreter der LSV wurde deren stellv. Vorsitzender Jürgen Jentsch berufen. Er bringt die Positionen und Sichtweisen der Älteren mit in die Debatten ein.

Jürgen Jentsch

Landesseniorenvertretung auf „Europa-Kurs“ in einer Lenkungsgruppe Aktivität und Gesundheit

Übergreifende Ideen und Lösungen entwickeln

Im Mai 2011 hat die EU-Kommission eine Lenkungsgruppe „Europäische Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter“ einberufen. Sie besteht aus etwa 30 Akteuren europaweit. Den Vorsitz führen die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der EU Kommission, Neelie Kroes, und der

für Gesundheit und Verbraucherpolitik zuständige Kommissar John Dalli.

Für Deutschland sind Bundesbildungsministerin Dr. Schavan und Wolfram Kuschke MdL (Landesvorsitzender der Europa Union/ehemaliger Europa-minister NRW) berufen worden.

Kuschke hat Anfang 2012 eine AG „Aktives und gesundes Alter“ gebildet

in der etwa 15 Akteure übergreifende Lösungen entwickeln sollen etwa zu Quartiersentwicklung, Prävention, Bezahlbarkeit der Pflege, Fachkräftemangel etc. Neben der Verbraucherzentrale, den Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen ist auch die LSV vertreten durch Vorstandsmitglied Jürgen Jentsch.



Keine gesundheitliche Chancengleichheit für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen

Ein Armutszeugnis: Gesundheit im Alter ist wohl doch nicht für alle im gleichen guten Maß da

Arm, alt, und trotzdem gesund? Je älter man wird, desto höher schätzt man eine intakte Gesundheit. Viele Dinge, die zuvor einen hohen Stellenwert hatten, verlieren daneben an Bedeutung. Auch die Einschätzung der eigenen Gesundheit verändert sich, passt sich an die Funktionsfähigkeit und eigene Befindlichkeit an. Gesundheit ist wertvoll. Gut für die, die im Leben Chancen bekommen haben und sie auch nutzen konnten. Und die anderen? Wie sieht es aus mit der gesundheitlichen Chancengleichheit im Alter für Menschen mit geringem Einkommen und was könnte uns erwarten?

Nichts bestimmt die Gesundheit mehr als die soziale Lage. Wie gesund Menschen sind und bleiben, ist in erster Linie von Einkommen, Bildung und Stellung im Beruf abhängig. Dies hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2007) unmissverständlich festgestellt. Je nach den Belastungen, die sich im Verlauf eines (Arbeits-)Lebens anhäufen, je nach den Lebensbedingungen entwickeln sich Gesundheit bzw. Krankheit und auch Sterblichkeit.

Vereinfacht und plakativ ausgedrückt, gilt: Gesundheit ist nicht für alle da. Zumindest nicht im gleichen, guten Maß. Auch wenn gesundheitliche Ungleichheit im frühen Kindesalter und im mittleren Erwachsenenalter besonders krass zutage tritt, trifft dieses Phänomen auch Menschen im Alter erheblich. Zahlen zur sozialen Lage Älterer finden



Alt, arm und krank - unausweichliche Konsequenz? Foto: Damaris/Pixelio.de

sich in den Berichten der europäischen Union, in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung, in Veröffentlichungen der Bundesländer, den Datenreporten des Statistischen Bundesamtes und weiteren Quellen.

Der Joint Report 2010 der EU veröffentlichte für Über-65-jährige in Deutschland eine Armutsquote von 15 Prozent. Sie lag im Jahr 2008 ebenso hoch wie die von der EU errechnete Armutsquote der deutschen Gesamtbevölkerung. Das durchschnittliche Einkommen der Älteren lag unterhalb der von der EU errechneten Armutsquote von 930 Euro im Monat.

Aktuelle Angaben zur Einkommensentwicklung der Älteren in Deutschland lassen sich den Rentenhöhen und den Zahlen zur Grundsicherung entnehmen. Laut Datenreport 2011 sind, abgesehen von der Gruppe der wohlhabendsten, bei allen anderen Neurentnern sinkende Anwartschaften festzustellen. Die Durchschnittsrente von Männern liegt im Jahr 2009 bei 1013,- Euro in den alten und bei 861,- Euro in den neuen Bundesländern. Neurentnerinnen in den alten Bundesländern verzeichnen in den beiden oberen Einkommensgruppen zwar eine Zunahme bei den Anwartschaften, doch bewegen sich dort die Alterseinkünfte insgesamt gesehen auf einem

sehr niedrigen Niveau. Sie führen zu einer Median-Bruttorente von 370,- Euro. In den neuen Bundesländern beträgt ihre Durchschnittsrente bei Neueintritt 616,- Euro.

Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung ist seit ihrer Einführung kontinuierlich angestiegen. Die Höhe der Grundsicherung bei Personen im Alter von 65 Jahren und älter lag 2009 bei 678 Euro monatlich. 2010 waren laut Statistischem Bundesamt (2011) 2,8 % der Frauen und 2,0 % der Männer über 65 Jahre darauf angewiesen.

Das Risiko heutiger und künftiger Altersarmut tragen vor allem Menschen, denen es auf Grund der Arbeitsmarktlage und/oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, lange genug im Erwerbsleben zu bleiben. Die Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen, geringfügigen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen führt zu prekären Lebenssituationen bei den Betroffenen und wird zukünftig ihre Alterseinkünfte mindern, auch da kaum finanzieller Spielraum für private Vorsorge gegeben ist. Frauen werden wegen dieser Teilzeiterwerbstätigkeit, den noch immer geringeren Lohnzahlungen und wegen Kindererziehungs- und Pflegezeiten besonders betroffen sein.

Sozial benachteiligte Ältere leiden durchschnittlich früher unter Mehrfacherkrankungen und sind stärker gesundheitlich eingeschränkt. Sie erleiden früher im Lebensverlauf Mobilitätseinbußen sowie chronische Erkrankungen und Behinderungen. Sie sind außerdem häufiger von dauerhafter

Fortsetzung von Seite 7

Pflegebedürftigkeit, akuten Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Diabetes betroffen. Demenzen und Depressionen zählen zu den wichtigsten psychischen Krankheiten in dieser Altersgruppe. Außerdem sind ältere Menschen häufiger von Krebserkrankungen betroffen als jüngere. Sturzunfälle führen vermehrt zu Behandlungsbedarf. Besonders betroffen sind Menschen in prekärer sozialer Lage und besonders schwierig ist die Lage älterer allein lebender Frauen.

Schon diese kurze Auflistung zeigt, es bestehen erhebliche gesundheitliche Ungleichheiten je nach sozialer Lage. Das Robert-Koch-Institut (RKI) belegt diesen Zusammenhang von sozialer Lage und Mortalität und stellte in Deutschland eine um mehr als zehn Jahre kürzere Lebenserwartung bei Männern und eine um mehr als acht Jahre kürzere Lebenserwartung bei Frauen der untersten (Einkommen unterhalb der 60%-Einkommensschwelle) im Vergleich zur obersten Statusgruppe (Einkommen oberhalb von 150% des durchschnittlichen Einkommens) fest.

Über Armut im Alter kann nicht gesprochen werden, ohne die besondere Situation Pflegebedürftiger zu berücksichtigen. Pflegebedürftigkeit erzeugt im Alter einen zunehmenden Hilfebedarf und bringt ein besonderes Armutsrisiko nicht nur für Pflegebedürftige, sondern auch für Pflegende mit sich. Das Einkommen in unteren sozialen Lagen reicht nicht aus, um die anfallenden Kosten für Medikamente, Hilfs- und Heilmittel sowie für Unterstützung in der Alltagsbewältigung zu decken. Aufgrund von Informationsdefiziten und (krankheitsbedingt) eingeschränkten organisatorischen Kompetenzen werden Leistungen häufig nicht oder sehr spät in Anspruch genommen.



Unsere Aurorin Dr. Antje Richter-Kornweitz ist Dipl.-Pädagogin, Gestalttherapeutin, approb. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin. Seit 2001 ist sie Fachreferentin für Soziale Lage und Gesundheit bei der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen und Akademie für Sozialmedizin e.V.

Neben dem Pflegegeld im Bereich der häuslichen Pflege betrifft dies zusätzliche Sachleistungen (z.B. Wohnraumanpassung), die die Lebensqualität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich verbessern könnten.

Belegt sind für sozial benachteiligte Versicherte Einschränkungen in der Qualität der gesundheitlichen Versorgung, weniger Arztbesuche aus Kostengründen, längere Wartezeiten und kürzere Konsultationen bei (Fach-)Ärztinnen und Ärzten, weniger Wissen über chronische Erkrankungen oder über die Möglichkeiten, den Fortgang der Krankheit durch eigenes Handeln zu beeinflussen.

Diese Gesamt-Situation führt zu gesundheitlicher Ungleichheit im Alter. Sie schlägt sich ganz konkret darin nieder, dass notwendige Anpassungen bei Brillen aus Kostengründen ebenso unterlassen werden wie die ausreichende Nutzung von Hörgeräten wegen der Kosten für Batterien. Sie ist spürbar, wo notwendige Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, die nicht der Verschreibungspflicht unterliegen und/oder Zuzahlungen erforderlich machen, nicht gekauft und (Zahn-)Arztbesuche aufgrund der Praxisgebühr vermieden werden, wo Pflegebedarf nicht ausreichend erkannt, eingestuft und entspro-

chen wird. Expertinnen und Experten verorten hier einen Großteil der statistisch bisher nicht erfassten Altersarmut.

Lösungsvorschläge können an dieser Stelle nur sehr verkürzt dargestellt werden, denn es gibt Änderungsbedarf an vielen Stellen. Die Situation am Arbeitsmarkt, aber auch die Einkünfte Älterer wurden bereits als Einflussfaktoren identifiziert. Um gesundheitliche Ungleichheit im Alter zu reduzieren, ist es dringend notwendig, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft nicht nur aufzuhalten, sondern soziale Ungleichheit gezielt abzubauen. Dies zeigt ein Blick auf skandinavische Länder, in denen die sozialen Unterschiede bei Krankheit und Sterblichkeit geringer sind als in Deutschland.

Außerdem ist es erforderlich, Konzepte zur Gesundheitsförderung speziell für die Zielgruppe der sozial benachteiligten Älteren zu entwickeln sowie existierende Konzepte endlich umfassend umsetzen. Neben der Bundes- und Landesebene sind kommunale Politik und Verwaltung gefordert. Denn Gesundheitsförderung und Prävention im Alter werden im kommunalen Kontext, in Nachbarschaft und Quartier umgesetzt.

Sinnvolles Handeln erfordert ein fachübergreifendes Zusammenspiel vieler Akteure, das auf die Beteiligung der Betroffenen setzt. Dazu werden Netzwerker und Beziehungsstifter gebraucht, die Identität durch enge Verbundenheit herstellen können und dabei einen Zugang zu den Menschen finden, die als schwer erreichbar bezeichnet werden, auch weil sie erneute Erfahrungen von Exklusion und Stigmatisierung vermeiden wollen und aufgrund negativer Vorerfahrungen aus Scham oder aus Unkenntnis den sozialen Rückzug angetreten haben.

Dr. Antje Richter-Kornweitz



Miteinander leben im Viertel: Mehrgenerationenhäuser machen es einfacher durch ihr Angebot

Zur Stärkung der sozialen Infrastruktur

Das Bild der Familien hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Es gibt natürlich noch Familien, in denen mehrere Generationen unter einem Dach leben oder deren Kinder im gleichen Ort geblieben sind. Oft sind aber die Kinder weiter weg gezogen, und man sieht sich nur noch zu Familienfesten oder Feiertagen.

Familien werden auch immer bunter, Ehen werden geschieden und es finden sich neue Paare zusammen, die Kinder aus vorherigen Beziehungen mitbringen. Trennungen nehmen zu, die Zahl der Single-Haushalte in NRW ist in den vergangenen zehn Jahren um 11 Prozent gestiegen. Gerade in Großstädten leben viele Menschen alleine. Der Spitzenreiter ist Aachen (52,9 Prozent) vor Köln und Düsseldorf. Mittlerweile ist jeder dritte Haushalt in NRW ein Einpersonen-Haushalt. Vor allem Menschen zwischen 35 und 55 leben nach Angaben der Statistiker immer öfter allein.

Den größten Anteil der Einpersonen-Haushalte stellen aber nach wie vor Senioren. 1,2 Millionen Menschen ab 65 hatten in 2011 eine Wohnung für sich allein. Das waren 36 Prozent aller Single-Haushalte in NRW.

Viele Menschen sind sehr zufrieden damit, alleine zu leben, denn das muss ja grundsätzlich nicht bedeuten, einsam zu sein. Es ist aber wichtig, nicht nur die Kontakte innerhalb der Familie gut zu pflegen, sondern auch den Freundeskreis, dem eine immer größere Bedeutung zukommt. Vor allem, wenn wir in Situationen kommen, in denen wir Hilfe und Unterstützung benötigen. Das muss noch gar nicht.



Mehr
Generationen
Haus

die Pflegebedürftigkeit sein.

Es reicht schon ein kleiner Unfall, ein gebrochenes Bein, und plötzlich geht nichts mehr alleine.

Schon der Gedanke an solche Situationen lässt uns unruhig werden, denn niemand will gerne von anderen abhängig sein. Früh übt sich, und gegenseitige Unterstützung und Hilfe wird selbstverständlicher. Kennen wir eigentlich unsere Nachbarn im Haus und im Stadtteil? Neben dem Freundeskreis bekommt die Nachbarschaft eine ganz neue Bedeutung.

Vielfältige Unterstützung

Ein besonderes Projekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind die Mehrgenerationenhäuser. Sie sind zentrale Anlaufstellen, an denen Menschen in ihrer Nachbarschaft das finden, was sie im Alltag brauchen. Sie sollen die soziale Infrastruktur vor Ort stärken. Ihr Angebot richtet sich nach dem, was vor Ort benötigt und gewünscht wird. In ihre Arbeit werden alle vier Lebensalter (Kinder und Jugendliche, Erwachsene, junge Alte - über 50 - und Hochbetagte) einbezogen ebenso wie Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Kulturen. Haupt- und Ehrenamtliche wirken auf Augenhöhe zusammen. Die Mehrgenerationenhäuser wollen sich als Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe vor Ort entwickeln und dies unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft. Alle Mehrgenerationenhäuser bieten ei-



Ein Foto aus dem Aachener Mehrgenerationenhaus. Foto: Homepage

nen offenen Tagestreff mit einer Cafeteria bzw. einem Bistro an.

Mehrgenerationenhäuser bieten vielfältige Unterstützung. Sie entlasten Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige. Sie bieten auch praktische Hilfe bei den Fragen rund um Pflege und bei der Betreuung Demenzkranker. In NRW gibt es derzeit 61 Mehrgenerationenhäuser. Viele Seniorenvertreterinnen und -vertreter kennen sicherlich das Mehrgenerationenhaus in ihrer Stadt oder ihrem Kreis. Falls nicht, gehen Sie doch einfach mal vorbei und lernen Sie das Angebot kennen.

Eine Auflistung der Standorte finden Sie im Internet: www.mehrgenerationenhaeuser.de

Silke Niewohner

Checkliste „Krankenhaus“

Die Checkliste „Krankenhaus – was nun? Hinweise zu Aufnahme und Entlassung“ können Sie kostenlos und auch in größerer Stückzahl bei der Landesstelle Pflegende Angehörige bestellen. Rufen Sie uns einfach an unter 0800-2204400 (montags bis freitags von 10 bis 12 Uhr)



Der Jülicher Seniorenbeirat ist ein sehr engagiertes Gremium und hat in den fünf Jahren seines Bestehens bereits eine Menge erreicht. Foto: Stadt Jülich

Erfreuliche Bilanz des Jülicher Seniorenbeirates

Seit fünf Jahren ein lebendiges Forum mit vielseitigem Potenzial

Die Wünsche und auch die Nöte der älteren Mitbürger zum Thema zu machen, das hat sich der Seniorenbeirat Jülich bei seiner Gründung auf die Fahnen geschrieben. 2011 beging man mit Stolz das „Fünffährige“.

„Mit dem ehrenamtlichen Engagement des Seniorenbeirates steht der Stadt Jülich ein vielschichtiges Potenzial zur Verfügung, das mithelfen kann, die nächsten Jahrzehnte konstruktiv seniorengerecht zu gestalten“, so lobte Bürgermeister Heinrich Stommel in der gelungenen Broschüre zum Fünffährigen „seinem“ Beirat, den er als „Forum der Meinungsbildung und des Erfahrungsaustausches auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet“ sieht.

Und genau diese Themen liegen den Mitgliedern rund um die Vorsitzende Marlies Keil sehr am Herzen. Neun der 14 Mitglieder sind stimmberechtigt und vertreten Jülicher Institutionen und Einrichtungen, die sich für Seniorinnen und Senioren engagieren.

Der Beirat hat drei Arbeitskreise gebildet, die sich mit Stadt- und Verkehrsplanung, mit Wohnen, Pflege, Sozialem und Gesundheit sowie mit Freizeit, Sport, Kultur und Weiterbildung intensiv beschäftigen und aus

ihrer konkreten Arbeit Anträge an die Verwaltung formulieren.

Einmal jährlich gestaltet der Seniorenbeirat eine größere Veranstaltung für die älteren Menschen: Seniorentage oder ganze Informationswochen.

Erfolgreiche Projekte der Jülicher sind u.a.: Seniorengerechtes Sportangebot mit der VHS, die „Aktion Nette Toilette“ oder ein Mehrgenerationenspielplatz.

Auch für gesellige Kontakte engagiert sich der Beirat: Tanztee, Vortrags- und Gesprächsreihen, Besichtigungen gehören ebenso dazu wie Beratung, der Dienst „Senioren helfen Senioren“ oder das überaus erfolgreiche „Altern mit Kultur“. In 2012 ist eine Veranstaltungsreihe zu „Senioren und Gesundheit“ geplant. Auch ältere Migranten will man verstärkt einbinden. HH



Der Seniorenbeirat. Foto: Stadt Jülich

Seniorenbeirat Hagen

Tagung: Gewalt in der Pflege

„Gewalt in der Pflege“ war die Fachtagung Anfang Februar betitelt, zu der das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter nach Düsseldorf eingeladen hatte.

Margot Klenke vom Seniorenbeirat Hagen nahm teil und berichtet nachstehend über die Tagung.

„Sind Kinder in Not, gibt es bundesweit rund 6000 Beratungsstellen. An wen aber wendet sich ein pflegebedürftiger Mensch, wenn ihm Gewalt angetan wird? In Pflegeeinrichtungen gibt es Aufsicht und Heimbeiräte - aber bei der Pflege zuhause? Wobei Gewalt von körperlicher bis emotionaler Misshandlung und Vernachlässigung und zu finanzieller Ausbeutung reichen kann.

Dies führten die zahlreichen Referentinnen und Referenten bei der Tagung aus: Gesetzliche Regelungen, Rechte aus der UN-Konvention zum Schutz vor Gewalt oder Möglichkeiten zur Prävention auf deutscher wie europäischer Ebene wurden präsentiert.

Vor allem die Unterstützung der oft überforderten und schwer belasteten pflegenden Angehörigen wurde breit diskutiert. Das bisherige Tabu-Thema Gewalt in der häuslichen Pflege bedürfe einer sensiblen und nicht skandalisierenden Öffentlichkeitsarbeit, so eine der Forderungen im Laufe der Tagung.

Hilfe von außen - etwa durch wohnortnahe Beratungsmöglichkeiten oder in geschlossenen Angehörigengruppen - müsse verstärkt angeboten und vor allem die Prävention mehr in den Blick geraten, war man sich einig“.



Führung durch die Ausstellung, die auch Demenzkranken vermittelt wird.



Die Tagung war mit 300 Gästen ausgebucht. Fotos: Stephan Eichler

Fachtagung „Kunststücke Demenz“ des ibk als Ideen-Markt

Künstlerisch-kulturelle Praxis: Ein kreativer Weg zu Demenz-Kranken

Rund 300 Künstler, Kulturpädagogen, in der Altenarbeit Tätige, aber auch Wissenschaftler trafen sich im Februar in Bonn, um sich auf Einladung des Instituts für Bildung und Kultur (ibk) mit den Ergebnissen der Studie „Auf Flügeln der Kunst“ zu befassen.

Das ibk hatte die Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt und darin die Angebote zusammengefasst, die es im Bereich Bildung und Kultur in Deutschland und dem Ausland in der Begleitung von Menschen mit Demenz gibt.

Fazit der Studie: Menschen mit Demenz haben nicht nur ein Recht auf Kulturteilhabe, sondern der Zugang über Kunst und Kultur eignet sich besonders für die Arbeit mit den Betroffenen.

Zahlreiche Praxis-Beispiele wurden den Tagungsteilnehmern präsentiert, ja ein ganzer „Marktplatz“ mit 14 kulturellen Projekten lud zum Nachfragen und Kennenlernen ein. Das Schulungskonzept „Remembering Yesterday. Caring Today“ aus der Schweiz fand besonderes Interesse: Fotos, Methoden des Improvisationstheaters, Musik,

Schreiben oder Malen gehören hier zu den genutzten Techniken.

Auch eine extra für Besucher mit Demenzen erarbeitete Führung durch die Bundeskunsthalle konnten die Tagungsgäste erleben: Da wird zum Beispiel ein Kleidungsstück aus der Ausstellung herübergereicht, andere Gegenstände mit Bezug zu den Kunstwerken wecken Erinnerungen. Nach den Erfahrungen des Museums kommen diese Führungen gut an und stärken die Inklusion.

Auch ein gemeinsames Theaterprojekt von Erkrankten und Nicht-Betroffenen sowie „Alpoetry“, ein Dichterwettbewerb, bei dem Texte für und mit Menschen sehr lebendig und mit Requisiten vorgetragen werden, wurden vorgestellt.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde Kulturelle Bildung als ein nächster Baustein für adäquate Pflegekonzepte vorgeschlagen. Die Tagung hat die Kooperation zwischen den Experten weiter vorangebracht, ist man beim ibk sicher.

Die Dokumentation der Tagung findet man unter www.ibk-kubia.de

In unserem Alter

Begegnungen und Informationen immer samstags von 8.05 bis 8.55 Uhr auf WDR 4. Redaktion: Dr. Ulla Foemer und Martina Kippels.

7. April: Erfahren und lebensklug
Die Weisheit des Alters

14. April: Kampf den Krampfadern
Fitnessstipps für die Venen

21. April: Alt und jung gemeinsam
Generationen helfen sich gegenseitig

28. April: Fast wie Zuhause - das ideale Pflegeheim

5. Mai: „Ja zum Alter“

Berichte vom 10. Deutschen Seniorentag

12. Mai: Freude am Essen - Gemeinsam statt einsam kochen und genießen

19. Mai: Bulli, Zelt und Luxuscamper
Geschichten vom Reisen

26. Mai: Rüstiger Rentner sucht Nebenjob - Arbeiten im Ruhestand

Stücke für Seniorentheater

Ein Wettbewerb

Unter dem Titel „Reif für Bühne – Dramatikerinnenpreis NRW 2012“ lobt das Frauenkulturbüro NRW in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Kultur und Bildung im Alter (kubia) in Remscheid, dem Literaturbüro Ruhr in Gladbeck und dem Forum Freies Theater (FFT) in Düsseldorf zum zweiten Mal einen Stücke-Wettbewerb für Dramatikerinnen aus. Das Besondere an diesem Wettbewerb bleibt die Ausrichtung auf das Seniorentheater. Thematische Vorgaben gibt es nicht. Die Ausschreibung wendet sich an professionelle Dramatikerinnen, die in NRW geboren sind, dort arbeiten oder leben.

Weitere Informationen gibt es unter: www.literaturbuero-ruhr.de

Seniorenbeirat Troisdorf will seine Arbeit noch besser bei den Menschen bekannt machen

Über vorbeugenden Brandschutz informiert

Immer auf dem Laufenden bei aktuellen Themen ist der Seniorenbeirat Troisdorf. Ausführlich stand deshalb der „Vorbeugende Brandschutz“ bei einer Sitzung auf dem Plan.

Der stellvertretende Amtsleiter für Feuerschutz und Rettungsdienst, Ulrich Gasper, informierte über Rauchentwicklung, Feuerlöscher und Rauchmelder. Er riet vor allem, beim Anbringung von Rauchmeldern den Menschen behilflich zu sein. Die preiswerten Lebensretter gehörten in die

Küche, ins Schlafzimmer, Flur, Keller, und Wohnzimmer. „Der Rauch steigt ja immer nach oben“, so der Referent zum raschen Auslösen der Melder im Brandfalle.

Damit die Arbeit des Seniorenbeirates bei den Menschen besser bekannt wird, wurde einstimmig beschlossen, sich auf dem „Frühlingsmarkt Troisdorf“ am 5. und 6. Mai 2012 vorzustellen. Dazu sollen Fragebogen für die Besucher geschaffen werden.. Hinzu kommt ein neuer Prospekt, der

über die Arbeit und Hilfeleistungen des Seniorenbeirates informiert.

Ebenso einstimmig wurde beschlossen, den Integrationsrat in die Arbeit des Seniorenbeirates einzubinden. Um einen schnelleren und verstärkten Erfahrungs-Austausch zu ermöglichen, beschloss der Seniorenbeirat die Einrichtung eines monatlichen Stammtisches. Für vakante Beirats-Posten in zwei Ortsteilen sollen rasch Wahlvorschläge gemacht werden.

Albert Ossendorf

Seniorenbeirat Wulfen und Gesamtschule gemeinsam aktiv

PC-Kurse waren nur der Anfang

Seniorenbeirat und Gesamtschule Wulfen zogen ein erfreuliches Fazit ihrer gemeinsamen Aktion, in der 60 ältere Menschen fit für den Computer gemacht worden waren.

Viele der Beteiligten trafen sich noch einmal in der Schul-Bücherei „Bibi am See“. Neun der Senior-Schüler wollen künftig regelmäßig einen PC-Stammtisch bilden.

Seniorenbeirats-Vorsitzender Friedhelm Ashoff freute sich, dass auch andere Angebote Fortsetzungen bekommen werden: Ruth Pettenpohl von der Dorstener Verbraucherberatungsstelle hatte über „Abzocke im Internet“ berichtet - neun Interessierte wollen jetzt mit der Referentin diesem Thema auf der Spur bleiben.

Drei weitere Unterstützer gab es für Beate Winkelmann Brückner und Ilo-na Wettinger vom lokalen Bildungsverbund Wulfen. Sie wollen in der Bibliothek ein „Lesenest“ für Grund-



Bücherei mit Mehrwert: In Wulfens „Bibi am See“ tut sich viel. Foto: pd

schulkindern einrichten zur gezielten Leseförderung. Dieter Scholz stellte abschließend den Verein Ausbildungspaten vor (www.ausbildungspaten.de).

PC-Kurs-Organisator und Gesamtschullehrer Olaf Herzfeld lud die älteren Gäste ein, wichtige Impulse und Ideen weiterhin von „Bibi“ aus weitertragen zu lassen. „Lasst hier auch künftig ganz viel stattfinden!“, so regte er eine weitere enge Zusammenarbeit der Generationen an.

Schon gehört?

Der von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und der DPtV gemeinsam entwickelte Ratgeber „Entlastung für die Seele – Ein Ratgeber für Pflegende Angehörige“ gibt einen umfassenden Überblick über die Ursache von möglichen Beschwerden durch die oft körperlich und seelisch kräftezehrenden Situation und zeigt Auswege auf. Die Broschüre kann über die Deutsche Psychotherapeuten-Vereinigung (www.dptv.de) und die BAGSO (www.bagso.de) bestellt oder heruntergeladen werden.

Altersgrenzen haben in einem Europäischen Jahr für aktives Altern keinen Platz! In einem Grundsatzpapier fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), die über ihre 109 Mitgliedsverbände rund 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, Altersgrenzen aufzuheben und die mit ihnen verbundene Altersdiskriminierung zu beenden. Das Papier findet man unter www.bagso.de



Seniorenbeirat Hamm: Ein arbeitsreiches Jahr 2012 liegt vor den Engagierten

Leitfaden „Neues Altern in der Stadt“ als Drehbuch

Es liegt ein arbeitsreiches Jahr vor den Mitgliedern des Seniorenbeirates Hamm: Das „Drehbuch“ dafür heißt „NAIS- Neues Altern in der Stadt“. Die Umsetzung der in diesem Leitfaden gelisteten Handlungsempfehlungen für eine zukunftsweisende Seniorenpolitik in Hamm ist dabei ihre Vorgabe.

Der Vorsitzende Karl-Ernst Weiland wies in der letzten Sitzung in 2011 schon darauf hin, wie schwierig der Weg werde. Beiratsmitglied Frank Mattern thematisierte das an einem der noch ca. zehn offenen Themen aus der Studie: Über 30 Prozent der Hammer Bevölkerung lebte in dörflich geprägten Siedlungen und Bauernschaften, in denen mit steigender Tendenz mehr Alte als Junge zu Hause sind. Sie leben dort, wo Supermärkte

verschwinden oder die letzten Läden längst dicht gemacht haben. Mattern drastisch: „Sie leben versorgungstechnisch in der Diaspora.“

Sein Vorschlag an die Verwaltung: Den Bedarf für mobile Läden sowie für Dienstleister aller Art zu ermitteln und möglichst mit Hilfe der Wirtschaftsförderung an Interessenten zu vermitteln. Nachdem aus fast allen Stadtbezirken von den dort gewählten Beiratsmitgliedern Negativbeispiele geschildert wurden, sagte die Verwaltung zu, entsprechende Fachleute einzuladen, um das Thema zu vertiefen.

Auch Fehlbelegung von Sozialwohnungen, Senioren gerechte Fahrplangestaltung oder die Präsenzorganisation für alle 22 Weihnachtsfeiern in den Hammer Alteneinrichtungen in

der Adventszeit waren weitere Themen. Karl-Ernst Weiland dankte zum Ende des Jahres den hilfreichen Begleitern des Beirates aus dem Amt für Soziale Integration.

Doch schon in seinem Neujahrsgruß nannte der Vorsitzende einen weiteren Knackpunkt der Arbeit beim Namen: Die Forderung nach Teilhabe und Mitsprache für den Seniorenbeirat durch die Verankerung in der kommunalen Hauptsatzung. „Seit über fünf Jahren engagiert sich unser Seniorenbeirat als parteiunabhängige Interessensvertretung, leider aber immer noch ohne irgendwelche Rechte“, so schrieb er. Auch dieses Thema wird in Hamm in 2012 wohl einen gewichtigen Stellenwert haben,

Karl-Ernst Weiland, Frank Mattern



Das markante Orange kehrt regelmäßig wieder und lädt drei Mal im Jahr ein, sich ein „SeniOhr“ zu besorgen.

Vorgestellt: Seniorenzeitung von Bürgern für Bürger

Jährlich drei wache „SeniOhren“

Der Titel ist nicht nur witzig und damit ein „Hingucker“, die Zeitung „SeniOhr“ des Gladbecker Seniorenbeirates ist auch eine wahre Fundgrube an Hinweisen, Tipps und Informationen.

Ältere und jüngere Engagierte kümmern sich gemeinsam um die Redaktion der dank zahlreicher Anzeigen kostenlosen Ausgaben.

Übersichtlich strukturiert, mit wiederkehrenden Rubriken wie etwa den Porträts in der Reihe „Vorgestellt“ oder dem liebenswerten Kommentar von „Töffels: Ich sach mal so ...“ und weit gespanntem Themen-Netz finden die Leserinnen und Leser „ihre“ Fragen und Antworten - und meist noch

ein wenig mehr. Hinweise auf Polizei-Sicherheits-Tipps, leckere Rezepte gegen Frühjahrsmüdigkeit oder auch ein breites Termin-Angebot zur Auswahl: Die Redaktion hat „ihre“ Leserinnen und Leser offenbar gut im Blick. Der klare Bilderdruck und die angenehme Schriftgröße machen das Stöbern in den mehr als 20 Seiten zu einem angenehmen Rundgang durch die Themenvielfalt.

Dass zu den meisten Artikeln weiterführende Info-Adressen, Internet-Links oder Kontaktdaten genannt werden, macht das Heft zu einem Medium mit Mehrwert. Weiter so!

HH

Selbstbewusste Bilanz zum Jubiläum: Ältere sind heute keine Randgruppe der Gesellschaft mehr

Mitreden und Mitgestalten: Seniorenbeirat Hürth setzt das seit fünf Jahren erfolgreich im Alltag um

Im Jahre 2006 wurde durch den Rat der Stadt Hürth ein Seniorenbeirat ins Leben gerufen als Reaktion auf die Herausforderungen des demographischen Wandels. Rat und Verwaltung müssen den Bedürfnissen der Älteren stärker als bisher gerecht werden. Für eine optimale Bewältigung dieser Aufgabe wurde der Beirat aus sachkundigen Bürgern berufen.

Jeder Ortsteil von Hürth ist mit mindestens einem sachkundigen Einwohner darin vertreten. Für die Leitung der Beirat-Sitzungen, die dreimal im Jahr im Rathaus stattfinden, wurde Peter Weiß aus Gleuel zum Vorsitzenden benannt. An den Sitzungen nehmen regelmäßig als sachkundige Gäste ein Vertreter des Sozialamtes, Vertreter der Ratsfraktionen und nicht zuletzt Marion Nowak teil, die nach dem erfolgreichen Start durch Frau Dr. Winterwerb im Jahre 2007 die Leitung der Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit sowie die Geschäftsführung des Seniorenbeirats übernommen hat. (Sie ist im Rathaus in Raum 066 zu erreichen, Tel. 53-128, und über E-Mail: mnowak@huerth.de)

Der Seniorenbeirat hat sich von Anfang an um Teilhabe an der Arbeit des Hürther Stadtrates bemüht und Vertreter in die für seine Arbeit relevanten Rats-Ausschüsse delegiert. ‚Mitreden und Mitgestalten‘ – das ist das



Die Hürther Seniorenbeirats-Mitglieder blickten in 2011 stolz auf fünf Jahre erfolgreiche Arbeit für die Menschen ihrer Stadt zurück. Foto: Stadt Hürth

Leitmotiv für seine Arbeit. Nach fünf Jahren Tätigkeit für die Belange der Senioren blickt der Seniorenbeirat auf eine Reihe von Erfolgen zurück. So hat er nach seiner Beteiligung an Hürther Stadtteilgesprächen ein ‚Leitbild‘ für die Seniorenarbeit erstellt sowie eine Checkliste für ‚die seniorengerechte Stadt‘. Für das Leben in Hürth wurde ein ‚Wegweiser für Seniorinnen und Senioren‘ mit zahlreichen Informationen, Adressen und Hinweisen verfasst. Als sehr nützlich erwies sich auch ein kleiner Notfall-Ausweis, in den man seine persönlichen Daten für einen gesundheitlichen Notfall eintragen kann.

- Bei der Stadtverwaltung wurden zahlreiche Verbesserungen angeregt und angemahnt: Die Gestaltung von Bürgersteigen als barrierefreie

Lebensräume; die Aufstellung von Ruhebänken an den Bus-Haltestellen und an den Spazierwegen; die Einrichtung von öffentlich zugänglichen Toiletten; eine ausreichende Beleuchtung von Straßen und Wegen u.v.a.m.

Der Seniorenbeirat bedankt sich für den Zuspruch und die Anregungen aus der Bevölkerung. Er dankt dem Rat und der Verwaltung für die Ermöglichung und die Unterstützung seiner Arbeit. Seine Bilanz: Der Seniorenbeirat wurde zum Ansprechpartner für alle Senioren in Hürth und deren Interessenvertreter gegenüber Rat und Verwaltung. Senioren sind auch in Hürth heute keine Randgruppe der Gesellschaft mehr!

Dr. Otto Dann

Internet-Auftritt zum 10. Deutschen Seniorentag ist jetzt online - Newsletter abonnieren

Der Internetauftritt www.deutscher-seniorentag.de ist nun online. Dort sind alle relevanten Informationen

rund um den 10. Deutschen Seniorentag (3. bis 5. Mai 2012 in Hamburg) ebenso zu finden wie der 14-tägig er-

scheinende DST-Newsletter, den man dort und unter dst@bagso.de auch abonnieren kann.



Die Plettenberger Sonderredaktion Senioren: (v.l.) Stefan Aschauer-Hundt, Dörte Kaul, Erika Thole, Ingrid Thomas, Klaus-Dieter Thomas, Ursula Neukirch, Hartmut Damschen, Guido Günther. Foto: Süderländer Tageblatt, A. Goniwiecha

Seniorenvertretung Plettenberg hat eine „Sonderredaktion“

Beispielhafte Kooperation wurde mit einer Auszeichnung gewürdigt

Darauf können sie mit Recht stolz sein: Die Plettenberger Seniorenvertretung - im Juli 2010 gegründet - bekam jetzt gemeinsam mit der örtlichen Lokalzeitung einen besonderen Preis für die Gestaltung der regelmäßig von der „Sonderredaktion Senioren“ gestalteten Seniorensseite.

Von Anfang an hatten die Seniorenvertreter die örtliche Presse über ihre Arbeit informiert. Die auflagenstärksten Plettenberger Zeitung, das „Süderländer Tageblatt“, machte daraufhin der SV das Angebot, einmal im Monat eine eigene Seite innerhalb der Ausgabe selbst zu füllen.

„Ein grandioses Angebot, was wir sofort gerne annahmen“, so berichtet Hartmut Damschen von der Sonderredaktion Senioren. „Unsere Seite titelt: seit der ersten Ausgabe vom Oktober 2010 ‚Seniorenvertretung Plettenberg - Unsere Themen. - Unsere Zeitung‘“. Es finden sich aktuelle Themen, Hinweise, Informationen und wiederkehrenden Rubriken, wie etwa Vertretung von Bürgeranliegen, Hinweise auf die

Notfallkarte, Sprechstunden, Erreichbarkeit der Mitglieder, „Der gute Rat“, Veranstaltungskalender für Gesundheitsthemen sowie Informationsvorträge und vieles mehr.

Natürlich geht das nicht ohne fachliche Unterstützung: Zwei Redakteure des Süderländer Tageblatts, Stefan Aschauer-Hundt und Guido Günther, begleiten die Senioren professionell.

Ende Juni 2011 wurde in Berlin der Ferag-Leser-Blatt-Bindungspreis des Verbandes der Deutschen Lokalpresse e.V. in der Königsklasse „Redaktion“ an Anne und Stefan Aschauer-Hundt verliehen. Das „Wegweisende“ Konzept „Unsere Themen. – Unsere Zeitung.“ hatte unter 65 Einsendungen so großen Anklang gefunden, dass dieser Preis vor 300 Vertretern aus Politik, Medien und Gesellschaft an die Redaktion übergeben wurde.

In der Dankesrede von Stefan Aschauer-Hundt hieß es dazu: „Die Stimme der älteren Generation soll hörbar, die Seniorenvertretung relevant sein.“

Hartmut Damschen

Gütersloh: Beirats-Bilanz 2011

Intensive Arbeit für die Bürger

In einem ereignisvollen Jahr 2011, so bilanziert der Seniorenbeirat Gütersloh, habe man sich nicht nur intensiv am politischen Geschehen beteiligt, sondern auch mit neuen Ideen eingebracht.

Partizipation und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben prägte die Arbeit des Beirates. Nicht nur die Beteiligung an den Erlebnistagen, die Besuche in den Senioreneinrichtungen und bei den Trägern der Wohlfahrtspflege, die Teilnahme an den Ausschusssitzungen und dem Bildungsgipfel, sondern auch diverse Fachvorträge prägten die intensive praktische Arbeit. Dazu kamen Verkehrssicherheitstraining, Theaterbesichtigung, Landtagsbesuch und die vom Seniorenbeirat organisierte Dankesfeier für Pflegenden Angehörige..

In der politischen Arbeit wird der Streitpunkt „Fußgängerzone“ auf der Tagesordnung bleiben. Knackpunkte bleiben der Versuch, in ausgesuchten Wohnquartieren die Straßenbeleuchtung nachts abzuschalten sowie der ab 1. Januar 2012 in Kraft getretene neue Notdienst der Gütersloher Apotheken. Auch die Frage nach weiteren öffentlichen Barriere freien Toiletten bleibt auf der Tagesordnung.

Monatliche Sprechstunden, Weiterbildung auf Seminaren: Dieses enorme Pensum an ehrenamtlicher Arbeit konnte nur durch die Unterstützung des städtischen Seniorenfachbereiches geleistet werden, deswegen dankt der Seniorenbeirat hier ganz herzlich Karin Delbrügge und Wolfgang Lakämper! *Jürgen Jentsch*

Die positive Stimme: Heute Bürgermeister Hubert Erichlandwehr, Schloß Holte-Stukenbrock

Der Beirat gibt älteren Bürgern Stimme und Gesicht

Der Volksmund sagt, mit den Jahren komme die Weisheit. Ganz sicher aber kommt das Alter.

Der demografische Wandel macht auch vor den Toren Schloß Holte-Stukenbrocks nicht Halt, auch unsere Bürgerinnen und Bürger werden älter. Unsere Stadt will dabei eine Stadt für jedes Alter sein, lebens- und lebenswert für alle Älteren wie Jüngeren.

Im Jahr 2011 wurde in Schloß Holte-Stukenbrock der erste Seniorenbeirat gewählt, der nun gut 25 Prozent unserer Bevölkerung im Alter von 60



Jahren und älter eine Stimme und auch ein Gesicht gibt.

Für diese jung gebliebene Generation ist die Zeit des Ruhestands längst ein „Unruhestand“. Sie sind weitgehend mobil, vielseitig interessiert, haben aber doch andere Bedürfnisse und Ansprüche als jüngere Menschen.

Der Seniorenbeirat von Schloß Holte-Stukenbrock setzt sich für die Be-

lange und Interessen der Älteren ein, schaut dabei aber auch oft über den Tellerrand und arbeitet generationenübergreifend.

Obwohl er erst wenige Monate im Amt ist, hat unser engagierter Seniorenbeirat bereits vielfältige Ideen und Vorschläge ins Gespräch gebracht, und manche hat er sogar schon umgesetzt. Über diesen außerordentlich gelungenen Start freue ich mich für meine Stadt sehr!

*Hubert Erichlandwehr
Bürgermeister von Schloß Holte-Stukenbrock*

Darum engagiere ich mich: Giesela Hörster aus Schloß Holte-Stukenbrock

Mitzuknüpfen an Netzwerken macht mir Freude

Ich bin Giesela Hörster und seit November Vorsitzende des Seniorenbeirates in Schloß Holte-Stukenbrock. Unser Team besteht aus neun Personen.

Weder über die Presse noch über Infostände bekamen wir den gewünschten Kontakt zu den Senioren. So nahmen wir gezielt Kontakt zu den Leiterinnen der Seniorengemeinschaften von Caritas oder kirchlichen Organisationen auf und boten ihnen

eine Zusammenarbeit bei den dortigen Treffen an. So erreichten wir eine größere Anzahl von Menschen. Der Erfolg gibt uns Recht.

Wir knüpfen so Netzwerke und binden unsere Arbeit mit ein. Z. Zt. arbeiten wir intensiv mit der Polizei zusammen bei deren aktuellen Vorträgen etwa zur „Sicherheit in der dunklen



Jahreszeit“ oder beim Thema „Haustürgeschäfte und Telefonwerbung“. Im Demografie- u. Sozialausschuss haben wir einen Sitz mit beratender Stimme, einmal monatlich halten wir eine Sprechstunde im Familienzentrum. Aktuell entstehen neue Flyer und eine Notfallkarte. Mir macht die vielseitige Arbeit große Freude!

*Kontakt: Tel. 0 52 07/5 17 99 57
Mail: info@seniorenbeirat-shs.info
www.seniorenbeirat-shs.info*

Impressum

Nun Reden Wir ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber: Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.
Friesenring 32, 48147 Münster, Telefon 02 51/21 20 50,
Fax 02 51/2 00 66 13, E-Mail: info@lsv-nrw.de, www.lsv-nrw.de

Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Straße 37,
48231 Warendorf • Auflage 3000

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA)
in Düsseldorf

Vi.S.d.P.: Gaby Schnell

Redaktionsteam: Dr. Helmut Freund, Rolf Kauls, Hildegard Jaekel,
Heike Hänscheid, Jürgen Jentsch (Gesamtkoordination)

Wissenschaftliche Beratung: Barbara Eifert
Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen vor.
Erscheinungsweise: vier Mal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder,
nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2012
Redaktionsschluss: 7. Mai 2012